

Türkisches Amnestiegesetz in Kraft

Weitere Häftlinge ergeben sich - 400 Gefangene leisten noch Widerstand - Zwei weitere Tote

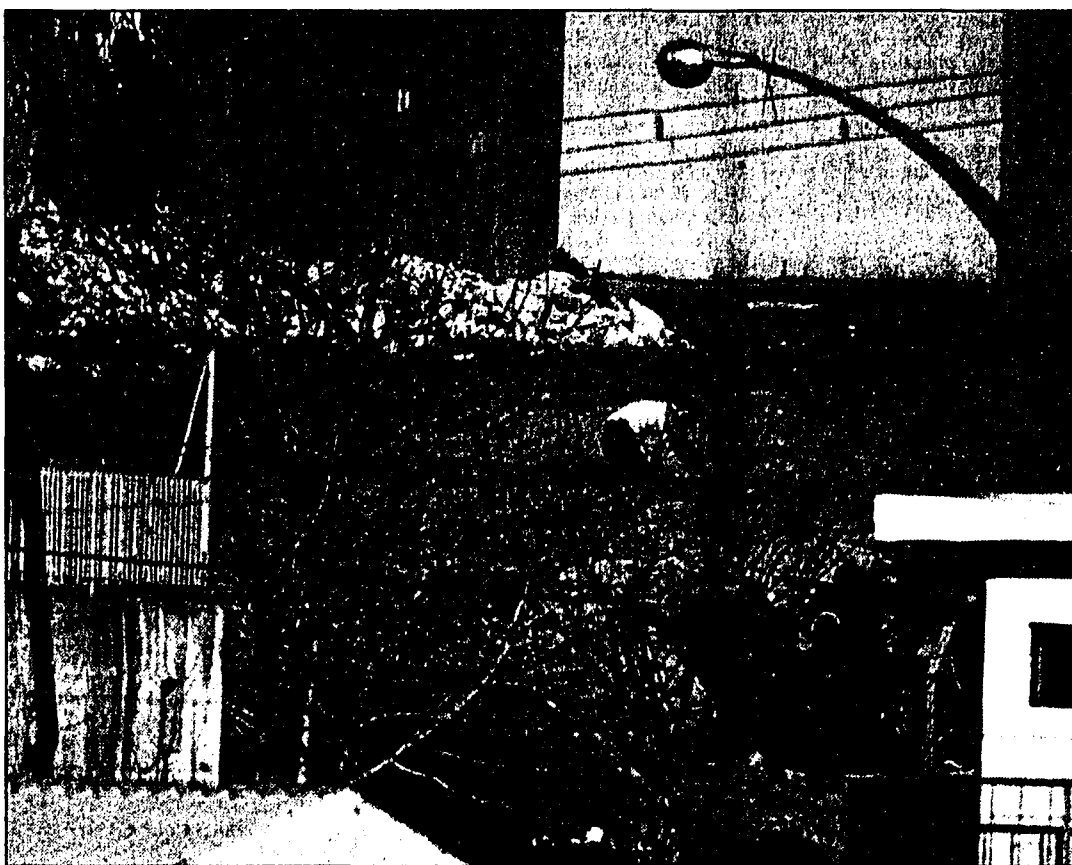
ANKARA: Wenige Stunden nach der erneuten Zustimmung des Parlaments hat der türkische Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer das umstrittene Amnestiegesetz am Donnerstag unterzeichnet und damit in Kraft gesetzt.

Sezer hatte gegen das von der Regierung vorgelegte Gesetz bereits einmal sein Veto eingelegt, darf dies aber nicht zweimal tun.

Unterdessen haben sich auch die Insassen des Gefängnisses von Canakkale dem Militär ergeben. Das Gefängnis im Istanbul-Bezirk Umraniye ist damit noch das einzige von ursprünglich 20 Haftanstalten, das der Belagerung durch die Streitkräfte auch nach drei Tagen noch standhält.

Die 158 noch Widerstand leistenden Insassen in Canakkale gaben am Donnerstag den Kampf auf und krochen aus den von Planierdraht eingegrenzten und von Tränengasqualm durchzogenen Gebäuden.

Die Soldaten entdeckten nachher zwei weitere tote Gefangene, wodurch sich die offi-



Auf Knien und Händen robbt sich dieser Gefangene (Bildmitte) der Polizei entgegen, um sich zu ergeben. Bis gestern Abend leisteten noch 435 Häftlinge erbitterten Widerstand.

ziell eingeräumte Zahl toter Häftlinge auf 19 erhöht. Auch zwei Soldaten starben bei der am Dienstag begonnenen Militäraktion gegen im Hungerstreik befindliche politische

Gefangene. Die Gefangenenhilfsorganisation Özgür Tayad schätzt die Zahl der Opfer noch wesentlich höher, machte aber keine genauen Angaben. In Umraniye leisteten am Don-

nerstagabend noch 435 Häftlinge erbitterte Gegenwehr. Sie schworen, «bis zum Tod oder zum Sieg» weiter kämpfen zu wollen. In Canakkale flogen immer wieder Polizeihub-

schrauber über dem Gefängnis. Über Lautsprecher wurden die meist linksgerichteten Häftlinge zum Aufgeben aufgefordert. Justizminister Hikmet Sami Türk erklärte, die Streitkräfte liessen Vorsicht walten, um kein weiteres Menschenleben zu gefährden.

Trotz Protesten von Verbrechenopfern stimmte die Nationalversammlung in Ankara am Donnerstagmorgen dem Amnestiegesetz zu. Es sieht die vorzeitige Freilassung von rund der Hälfte der rund 72 000 Gefangenen vor. Die neue Regelung lässt eine Reduzierung der Haftstrafen um zehn Jahre für Taten zu, die vor dem 23. April 1999 begangen wurden.

Von ihr würden unter anderem verurteilte Mörder und Räuber profitieren, aber nicht Gefangene, die wegen Verbrechen gegen den Staat verurteilt wurden. Mithin fallen die meutenden politischen Häftlinge nicht unter die Amnestie.

Sie wollten mit ihren Protestaktionen verhindern, dass sie aus grossen Massenunterkünften in Gefängnisse mit Einzel- und Mehrbettzellen verlegt werden, wo sie nach ihren Angaben der Willkür des Wachpersonals stärker ausgeliefert wären.

NACHRICHTEN

Neue Verhandlungsrunde

WASHINGTON: Eine Delegation der österreichischen Regierung ist mit Vertretern jüdischer Gruppen zu einer neuen Verhandlungsrunde über die Entschädigung von Juden zusammengetroffen, die in der NS-Zeit enteignet wurden. Bei den Gesprächen am Donnerstag in Washington wollte Österreich ein konkretes Entschädigungsangebot unterbreiten. Beim letzten Treffen Anfang Dezember in Wien hatte die Opferseite ihre Forderungen vorgelegt.

Temelin ans Netz gegangen

TEMELIN: Das umstrittene tschechische Atomkraftwerk Temelin ist am Netz. Ein Sprecher des Kraftwerks sagte am Donnerstagabend, der erste von vier Reaktoren liefere Strom und habe bereits 30 Prozent seiner Leistung von 1000 Megawatt erreicht.

Kostunica zu Gesprächen in Paris eingetroffen



PARIS: Der jugoslawische Staatspräsident Vojislav Kostunica ist gestern zu politischen Gesprächen in Frankreich eingetroffen. Kostunica wollte sich mit Staatspräsident Jacques Chirac, Premierminister Lionel Jospin und Aussenminister Hubert Vedrine treffen. Das französische Aussenministerium teilte mit, in den Gesprächen wolle die französische Führung ihre Unterstützung für den demokratischen Wandel in Jugoslawien zum Ausdruck bringen.

Mitterrand-Sohn unter Druck

PARIS: Im Zusammenhang mit dubiosen Waffengeschäften ist der Sohn des früheren französischen Präsidenten François Mitterrand unter schweren Verdacht geraten. Die Ermittler nahmen Jean-Christophe Mitterrand am Donnerstag in Polizeigewahrsam und verhörten ihn mehrere Stunden lang.

Der Sohn des langjährigen sozialistischen Staatschefs soll in dunkle Waffengeschäfte mit afrikanischen Staaten Mitte der 90er Jahre verwickelt gewesen sein, bei denen es auch um Geldwäscherei ging.

Jean-Christophe Mitterrand war von 1986 bis 1992 Chefberater seines 1996 verstorbenen Vaters in Afrika-Angelegenheiten.

In der Affäre stehen noch mehrere weitere Geschäftsleute und Funktionäre unter Verdacht, unter ihnen der Bestsellerautor Paul-Loup Sulitzer sowie der ehemalige Mitterrand-Berater Jacques Attali. Jean-Christophe Mitterrand wird verdächtigt, mehrere hunderttausend Francs von dem vor drei Wochen festgenommenen Waffenhändler Pierre Falcone erhalten zu haben.

Gegen den Chef der Waffenfirma Brenco International läuft ein offizielles Ermittlungsverfahren.

Peres mit Kandidatur gescheitert

Meretz-Vorstand stimmt gegen Unterstützung des Friedensnobelpreisträgers

JERUSALEM: Die Kandidatur des ehemaligen Regierungschefs und Friedensnobelpreisträgers Schimon Peres für das Amt des israelischen Ministerpräsidenten ist bereits einen Tag nach seiner Ankündigung gescheitert.

Der Vorstand des linksliberalen Meretz-Blocks, auf dessen zehn Abgeordnete in der Knesset Peres angewiesen ist, lehnte am Donnerstagabend eine Unterstützung des Friedenspolitikers ab.

Damit ist Ministerpräsident Ehud Barak wieder einziger

Kandidat des Regierungslagers bei der Wahl im Februar. Der Meretz-Vorstand stimmte mit 25 gegen 17 Stimmen bei drei Enthaltungen gegen die Unterstützung der Kandidatur Peres'. Er folgte damit offenbar einer Empfehlung des Vorsitzenden Jossi Sarid, der bereits nach einer Unterredung mit Peres am Vormittag diesen zur Rücknahme seiner Kandidatur aufgefordert hatte.

Barak hatte Peres, der sich dem Regierungschef wegen seiner Ausklammerung aus dem Friedensprozess zunehmend entfremdet hat, daraufhin die

Leitung der Verhandlungen mit den Palästinensern angeboten. Peres liess das Angebot von einem Sprecher mit den Worten kommentieren, er suche keinen Job, sondern den besten Weg, den rechten Likud-Chef Ariel Scharon bei der Februar-Wahl zu schlagen.

Zerreissprobe

Die Kandidatur des früheren Regierungschefs hatte das israelische Regierungslager in eine Zerreissprobe zu stürzen gedroht. Peres sagte nicht, ob er Barak bei seiner Kandidatur tatkräftig unterstützen wolle.

Er erklärte lediglich, er sei «noch immer Mitglied der Arbeitspartei» Baraks und wolle weiter für den Frieden mit den Palästinensern arbeiten.

Der 77-Jährige, einer der Hauptarchitekten des Friedensprozesses im Nahen Osten, genießt das besondere Vertrauen des palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat und hatte sich des öfteren unzufrieden über Baraks Politik gegenüber den Palästinensern geäussert. In Meinungsumfragen waren ihm bessere Chancen als Barak eingeräumt worden, Scharon zu schlagen.

DÄNEMARK

Kabinett umgebildet

Als Reaktion auf zurückgehende Umfragewerte hat der dänische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen gestern sein Kabinett umgebildet. In das 21-köpfige Kabinett wurden fünf neue Minister aufgenommen, vier wechselten das Ressort, und zwölf behielten ihre Ämter. «Dieses Team steht für Erfahrung und Effizienz», sagte Nyrup Rasmussen nach der offiziellen Vorstellung des neuen Kabinetts bei Königin Margrethe in Kopenhagen.



REKLAME

Wie viel Amur mit Liebe zu tun hat.

BROCKHAUS
DAS WISSEN DER WELT

REKLAME



Auto-Motorrad-Touringclub
Fürstentum Liechtenstein e.V.

Hilf Unfälle verhüten fahr mit Licht!

Am schrägen Weg 2 • FL-9490 Vaduz • Fon 00423 232 31 43

Mit Unterstützung der Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr (KUS)